

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE), Johann Arsenovic (GRÜNE), Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE) und David Ellensohn (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Kultur und Wissenschaft (GKU)) für den Gemeinderat am 16.12.2025 - 17.12.2025.

Fair pay trotz Sparprogramm

Fair pay stellt eine der wichtigsten Maßnahmen zur Entprekarisierung von Kulturarbeitenden dar. Mittlerweile hat auch die Wiener Stadtregierung die dringende Notwendigkeit dieser Maßnahme erkannt und so findet sich im Regierungsprogramm der sogenannten "Aufschwungskoalition" auch die Vereinbarung, dass fair pay in die Kalkulationsvorlagen eingebunden werden soll. Ebenfalls sollen "fair pay"-Modelle in stadteigenen Betrieben und Initiativen weiterentwickelt werden.

Am 3.12. dieses Jahres wurde dann in einer Pressekonferenz bekannt gegeben, dass aufgrund des großen Budgetdefizits der Stadt auch bei Kunst und Kultur gekürzt werden muss. Um genau zu sein, sollen rund 27 Millionen Euro weniger ausgezahlt werden als 2025.

Das bedeutet u.a. auch, dass fast alle Förderungen nicht erhöht bzw. valorisiert werden. War zuvor fair pay noch längst nicht flächendeckend in der Wiener Kulturlandschaft implementiert, droht nun mit den Sparmaßnahmen eine weitere und tiefere Prekarisierung der ohnehin größtenteils schlecht entlohten Kulturarbeitenden der freien Szene.

In einer Stadt, deren Regierung mit ihrem Koalitionsprogramm "das starke Fundament für ein sozial gerechtes Wien der Zukunft" (Zitat SPÖ Webseite) unterstreicht, muss dafür gesorgt werden, dass auch Kulturarbeitende dabei nicht vergessen werden.

Wir ersuchen daher die zuständige Stadträtin dahingehend auf, dass trotz Sparmaßnahmen fair pay weiterhin implementiert und finanziell unterstützt wird.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich dafür aus, dass das Kulturbudget trotz Sparmaßnahmen adaptiert wird, um den "fair pay"-Standards der Honorarkataloge der IGs zu entsprechen. Die amtsführenden Stadträt:innen für Kultur und Wissenschaft, sowie für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales werden ersucht, die entsprechenden Vorkehrungen dafür zu treffen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 16.12.2025

